

**POSTULAT** von Thomas Hardegger (SP, Rümlang), Sabine Ziegler (SP, Zürich) und Ruedi Lais (SP, Wallisellen)

betreffend Reduktion des flughafeninduzierten NO<sub>x</sub> Emissionsplafonds

---

Der Regierungsrat wird aufgefordert, beim Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) darauf hinzuwirken, dass der flughafeninduzierte Emissionsplafond von 2'400 Tonnen NO<sub>x</sub>/a auf maximal 1'800 Tonnen NO<sub>x</sub>/a gesenkt wird.

Thomas Hardegger  
Sabine Ziegler  
Ruedi Lais

Begründung:

Der Bericht Massnahmenplan Lufthygiene, Teilplan Flughafen (Vorlage 3971) zeigt auf, dass im Zeitpunkt, in dem der Wert von 2'400 Tonnen flughafeninduzierten NO<sub>x</sub>-Emissionen erreicht ist, die NO<sub>2</sub> Gesamtbelastung in weiten Teilen der Flughafenregion deutlich über dem Immissionsgrenzwert der Luftreinhalteverordnung (LRV) liegt. Auch die flächendeckende Einhaltung des Immissionsgrenzwertes der Luftreinhalteverordnung im Kanton Zürich kann nicht mehr erreicht werden.

Die geänderte wirtschaftliche Entwicklung am Flughafen und die Erkenntnisse aus den Erhebungen zur Luftbelastung geben Anlass genug, die Situation neu zu beurteilen.

Kurz- und mittelfristig hätte die Reduktion des Emissionsplafond auf 1'800 Tonnen NO<sub>x</sub>/a für die Entwicklung am Flughafen, wie sie beim gegenwärtigen Geschäftsverlauf abzusehen ist, keine Einschränkungen zur Folge. Bei der Planung der langfristigen Entwicklung müsste auf den neuen Plafond zum Wohle der Gesundheit von Anwohnerinnen und Anwohnern Rücksicht genommen werden.

Es liegt im Interesse des Kanton Zürichs, dass er in dem Bereich, in dem er für die Luftreinhaltung zuständig ist, den nötigen Spielraum behält, um mit geeigneten Massnahmen auf eine verbesserte Luftqualität hinzuwirken. Das ist nur möglich, wenn der Bund die Grenze für flughafeninduzierte NO<sub>x</sub>-Emissionen senkt.